

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Extraart. 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen  
Sor, H. Engler in Hamburg, Hagenstein & Vogler, in Frank-  
furt, H. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

# Danziger Zeitung.

Wir ersuchen unsere geehrten Leser, ihr Abonnement pro IV. Quartal 1867 auf die „Danziger Zeitung“

rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonnirt auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Exped., Ketterhagergasse No. 4.

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M. 18. Sept. Der König empfing unmittelbar nach seiner Ankunft den Besuch des Großherzogs von Hessen und reiste um 2½ Uhr nach Darmstadt, von wo er sich nach dem Diner wahrscheinlich nach Wiesbaden zum Besuch der Prinzessin von Wales begeben wird.

Stettin, 18. Sept. In der engeren Wahl des Kreises Uedermünde-Uedem-Wollin wurde Dr. Michaelis mit 3920 Stimmen gegen Röderius, welcher 3944 Stimmen erhielt, zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Dresden, 18. Sept. Frhr. v. Beust ist hier eingetroffen und wurde am Bahnhofe von dem französischen Gesandten und dem österreichischen Geschäftsträger begrüßt. Der Reichskanzler begab sich sofort nach seiner Besitzung Laubegast, wo seine Familie verweilt. Der Aufenthalt dagegen wird nur wenige Tage währen.

München, 18. Sept. Die „Bayerische Zeitung“ schreibt: Dem Vernehmen nach hat die bayerische Regierung in Berlin ihr vollkommenes Einverständniß erklären lassen sowohl bezüglich der Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich wegen der theilsweisen Entlassung von Mecklenburg aus den Verbindlichkeiten des französisch-mecklenburgischen Handelsvertrages von 1865, als auch betreffs der Wiederaufnahme der Bollerverhandlungen mit Österreich.

Reichenberg, 18. Sept. Bei dem heutigen zu Ehren des Frhrn. v. Beust veranstalteten Festmahl hielt dieser eine längere Rede, in welcher er der Wechselseitigkeit des Schicksals und der Wandlungen der öffentlichen Volksgunst Erwähnung that, die er an sich selbst erfahren. Er erinnerte an die Beweise der Volksgunst, welche er nach seiner Rückkehr von den Londorer Konferenzen im J. 1864 und gelegentlich des deutschen Sängertests erhalten, und erwähnte, daß er nach Verlauf kaum eines Jahres als Verbanter, mehrlos den Angriffen seiner Feinde preisgegeben gewesen sei, kaum noch gekannt und vertheidigt von manchen Freunden. Redner erklärte, daß er diesen Erinnerungen nicht ohne Absicht Worte leise. Denn trotz jener Erfahrung habe ich weder den Glauben an die Menschen noch das Vertrauen zu mir selbst verloren und in beiden ist mit keine Täuschung geworden. Der ehrende Ruf eines erhabenen Monarchen erhöhte mir ein weites Feld der Thätigkeit, wobei ich manches Zeichen des öffentlichen Vertrauens empfing, wofür ich ein dankbares Gedächtniß habe. Auch in meinem alten Heimathlande wird heute meiner, wie eines Dahingeschiedenen gedacht, dem man gern eine freundliche Erinnerung widmet. Auch in meinem heutigen Berufe stehen mir viele Gegner gegenüber, sogar Feinde, deren Zahl mich ebensoviel wie ihr Eifer entmuthigen wird, standhaft und beharrlich nach dem Willen meines Monarchen und so lange ich sein Vertrauen bewahren werde, den eingeschlagenen Weg zu verfolgen und zwar nicht mit dem Gedanken, meine Gegner zu überwinden und zu beschämern, sondern mit der Überzeugung, daß der Tag kommen muß, wo auf dem Boden der wiedergewonnenen Verfassung Alles sich gegenseitig die Hand reichen wird zur Versöhnung und zu gemeinsamem Dienste für das Vaterland. Darum rufe ich denen, die auf meiner Seite stehen, zu: Ruhe und Mäßigung, sowie Achtung des Gegners und Schonung seiner Gefühle. — Redner gedankt der Gesellschaft, an welchen er vorübergefahren, die der Schauplatz eines Bruderkrieges waren, und kann dabei nicht verzögern, daß man ihn der Herbeiführung des unglücklichen Kampfes beschuldigt habe. Diesen unverdient schweren Vorwurf, den die Geschichte niemals erhorten werde, müsse er zurückweisen. Redner habe ein warmes deutsches Herz nach Österreich gebracht und dafür gekämpft, daß das deutsche Element in Österreich seinen Platz behauptete. Ich will, fuhr Redner fort, daß das deutsche Element, welches un trennbar ist von der erhabenen Dynastie und von den schönsten Seiten der Geschichte Österreichs, sowie von den schönen Hoffnungen seiner Kulturgeschichte, in Zukunft in Ehren gehalten werde. Wenn aber Semond glauben sollte, ich sei nach Österreich gekommen, um den Deutschen Österreich als Wegweiser zu dienen, um Österreich unterzuwerfen, der würde irren. Und wie ich, so denkt der größte Theil der deutschen Bevölkerung Österreichs. Wer seinem Stammesbruder ein warmes Herz bewahrt und der Heimath treu bleibt, der wird geachtet und gesucht, dagegen werden Schmerzenskinder, die den eigenen Herd verleugnen, bedauert und benutzt. Durch das Beispiel, welches die Deutschen in dem Glanzen an Österreich und dessen Zukunft geben, werden sie die andern Nationalitäten am festesten an Österreich leiten. Möchten diese Worte auch in jenen Kreisen vernommen und verstanden werden, wo wir das seltsame Schauspiel sich vollziehen sehen, das djenigen, die am meisten von dem angestammten Vaterlande, der historischen Überlieferung und dem alten Glauben sprechen, und dies Alles bedrueben sehen, ein fremdes Land, eine moderne Idee und eine neue Lehre hineintragen. Möchten sie bedenken, was sie thun! Wie soll der König, den man mit der hochgehaltenen Krone geschmückt sehen will, in die Mauern einer Stadt einzehen, in welcher noch die Klänge einer einem fremden Herrscher geltenden Hymne wiederhallen? Und jene Eiserne, wollen sie nicht selbst, daß man in Friede und Eintracht mit den, jenes grüne Reich bewohnenden Stämmen leben soll, nach welchem sie ihre Blicke richten? Wo soll Friede und Eintracht herkommen, wenn das, was dort Einigkeit und Ehrlichkeit bedeutet, hier benutzt wird, um Zwies-

tracht und Widerlichkeit zu verherrlichen? Ein Trost ist es, daß dies nur vereinzelte und vorübergehende Erscheinungen sind. Sie können nur bestreiten, entstreiten werden sie mir die österreichischen Bilder nicht! Wir reichen ihnen nach wie vor die Hand. Niemand denkt daran, begründete Rechte und gerechte Ansprüche zu verkürzen. Freie Bewegung ist ihnen gebaut und gesichert, sobald sie die Hand bieten zu dem Bau auf konstitutioneller und freiheitlicher Grundlage, dessen Vollendung die innere Kräftigung des Reiches und dessen äußere Machtstellung verbürgt. An diesem wird emsig fortgearbeitet, darauf verlassen Sie sich! Damit es gelinge, dazu gehört vor Allem, daß man aufstöhne zu zweifeln und zu verzweifeln. Der bei meinem Eintritt in Österreich von mir vorgefundene Pessimismus hat nachgelassen. Es ist schon besser geworden. Es muss aber noch besser werden. Warum diese Entmuthigung, warum dieser ängstliche Blick in die Zukunft? Sei man doch vor Allem gerecht gegen den, in dessen Hand die Vorstellung das Scepter dieses alten und ehrwürdigen Reiches gelegt hat; vergesse und verkenne man doch nicht, welche Seelenstärke dazu gehörte, nach den Schlag auf Schlag auf sein Haupt niedergeschlagenen Prüfungen nicht mutlos zu werden, und mit der gleichen Verluststreue seinen erhabenen Pflichten obzulegen! — Redner hebt weiter die nun günstiger gewordene Situation Österreichs hervor, dem trotz der erlittenen Niederlage von Außen Achtung und Sympathie entgegengebracht werde, dessen in die Waagschale des Friedens geworfene Stimme Gewicht habe, und dessen Völker sich nach zwei rasch nach einander gefolgten unglücklichen Kriegen wieder gesammelt haben. Wenn das Glück wieder kommt, wird man sehen, was das österreichische Volk ist, und diesem Volke wollen wir vor Allem die Segnungen des Friedens zu Gute kommen lassen, damit sein Wohlstand wachse. Nur bei einem arbeitsamen und gegen Notthilfe stehenden Volke gedeiht die Freiheit und schlöst sie Wurzel! — Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Stadt Reichenberg, dessen intelligenter Gewerbesteck da arbeite, schaffe und fördere, wo Andere träumen, tabeln und verzweifeln.

London, 18. Sept. Garibaldi, welcher zur Theilnahme an dem auf den 30. d. angelegten Reformfeste im Crystalpalast eingeladen war, hat die Einladung, angeblich unter Hinweis auf Ereignisse, die in Italien jetzt möglicher Weise bevorstünden, abgelehnt. — Nachrichten aus New York, welche per „City of Boston“ aus Mexiko eingelaufen sind, melden, daß Porfirio Diaz droht bei militärisch einzutreten, wenn die in längster Zeit ergangene zahlreiche Todesurtheile nicht in andere Strafen umgewandelt werden. Carlos Miramon, welcher noch ein Corps von 3000 Kaiserlichen comandiert, hat als Repressalie für den Tod seines Bruders 90 Republikaner erschlagen lassen.

Paris, 17. Sept. Rouher sagte in seiner (bereits gestern erwähnten) Rede bei dem Banquet in Nantes: Für die Geschäfte und die Arbeiten ist die erste Bedingung der Friede. Alle Anstrengungen der Regierung, die ganze Politik des Kaisers hat die Aufrechthaltung und die lange Dauer desselben zum Biele. Der Minister ist glücklich erklärt zu können, daß der Kaiser sich von dem fruchtbildenden Ruhme des Friedens nicht wird ablenken lassen. Große Kriege sind heutzutage nur dann möglich, wenn Ehre, Würde und die innersten Interessen gefährdet sind. In Frankreich stehen, Gott Lob, diese kostbaren Güter unter dem Schutz des Patriotismus und sind sicher vor jedem Angriffe.

Frankfurt a. M., 18. Septbr., Nachm. 1 Uhr. Fest und ziemlich belebt. Amerikaner 76½ pr. compt., 76½ pr. ult., Credit-Actien 173½, Steuerfrei Anleihe 47½, 1860er Koote 68½, National-Anleihe 52½, Staatsbahn 229½, Bayerische Prämien-Anleihe 97½, Neue Badische Prämienanleihe 94½.

Frankfurt a. M., 18. Septbr., Nachm. 2½ Uhr. Mattschleglich. Neue Badische Prämienanleihe 94½. Nach Schluss der Börse sehr flau, fast sämtliche Effecten eher angeboten. Credit-Actien 172½, Staatsbahn 228½, 1860er Koote 67½, Amerikaner 76½.

Frankfurt a. M., 18. Septbr., Abds. Effecten-Societät. Schr flau, aber lebhaft. Credit-Actien 171—170½—171½—171½, 1860er Koote 67½, Steuerfrei Anleihe 47, Staatsbahn 227½, Amerikaner 76½.

Wien, 17. Septbr. Akzessibörse. Anfangs angeboten, gegen Schluss fester. Credit-Actien 180, 20, 1860er Koote 82, 00, 1864er Koote 73, 90, Staatsbahn 237, 50, Galizier 212, 00, Napoleonsd'or 9, 88½.

Lübeck, 18. Septbr. Der Lloyd-Dampfer „Aquila imperiale“ ist mit der ostindischen Ueberland-Post aus Alexandrien hier eingetroffen.

Amsterdam, 18. Sept. Die heutige Seitens der niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffeeauction, worin 124,805 Ballen Java und Macassar zum Verkauf lamen, nahm einen flauen und unregelmäßigen Ablauf. Es wurden folgende Preise erzielt: Amsterdam No. 20 Java 38½ c. (Tappreis 39 c.), Amsterdam No. 31 Java Malang 39½ c. (Tappreis 40 c.), Rotterdam No. 28 Java Preanger 40½ c. (Tappreis 40½ c.), Rotterdam No. 40 Java Kadoe 37½ c. (Tappreis 39½ c.), Middelburg No. 3 Java Malang 38 c. (Tappreis 39½ c.).

Paris, 18. Sept., Nachm. 1 Uhr. 3% Rente 69, 17½, Italiensche Rente 48, 70, Credit mobilier 250, Amerikaner 82½. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94½ gemeldet.

London, 18. Sept. Weiter flüss. — Gestern sind 20,000 £ in die Bank gestossen. — Die „City of Boston“ ist aus New-York in Queenstown und der fällige Dampfer von der afghanischen Westküste in Liverpool eingetroffen. — Einer Mitteilung der „Times“ zufolge haben James Hewitt & Co., amerikanisches Baumwollhaus in Liverpool, ihre Zahlungen eingestellt. — Aus New-York vom 17. d. Mts. Abds. wird per atlantisches Kabell gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109½, Goldagio 44½, Bonds 114½, Illinois 121½, Eriebahn 68½, Baumwolle 25, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 33.

## Norddeutscher Reichstag.

5. Sitzung am 18. September.

An den Tischen der Bundescommissionen der Bundeskanzler Graf Bismarck, der sächsische Minister v. Kriesen, Präsident Delbrück, General-Major v. Podbielski, Contre-Admiral Jachmann, v. Pommer-Esche, Min.-Dir. Günther,

Gen.-Postdirektor Philipsborn u. s. w., im Ganzen 28 Mitglieder des Bundesrates. — Neu eingetreten sind in das Haus die Abgg. Bebel, v. Bülow, Twesten, Dr. Jäger, Vogel v. Falkenstein und Dr. Holzen. — Es ist ein Antrag auf Erlass folgender Adresse an den König eingebrochen:

„Allerdurchlauchtigster etc.! Der erste Reichstag des nunmehr verfassungsmäßig constituirten Norddeutschen Bundes beglückwünscht Ew. Majestät zu den bisher errungenen Erfolgen einer nationalen Politik und bezeugt die Befriedigung der Nation über die endlich gewonnene Grundlage eines wahrhaft nationalen Lebens.“

„Die staatliche Einigung Norddeutschlands erhöht unsere Pflichten gegen die gesamte Nation. Es gilt nicht bloß durch eine weise Gesetzgebung der Bevölkerung die Wohlthaten des neuen größeren Staatsverbandes zuzuführen — das große Werk wird vollendet sein, wenn die noch getrennten Glieder mit uns durch eine Verfassung verbunden sind.“

„Wir begrüßen mit Freuden jede Maßregel, welche, wie die uns Ew. Majestät angestellte Vorlage wegen der Wiederherstellung des Bollvereins, uns diesem heisselbigen Biele näher bringt.“

„Wohl sind wir davon durchdrungen, daß die Wiedervereinigung mit den süddeutschen Staaten nur durch freiwilliges und freudiges Entgegenkommen aller Theile erreicht werden kann. Im Vertrauen jedoch auf den patriotischen Sinn der Deutschen jenseits des Mains, welcher so eben erst in einem süddeutschen Staate einen erhebenden Ausdruck gefunden hat, auf die unwiderstehliche Macht nationaler Zusammengehörigkeit und die Uebereinstimmung aller materiellen und ideellen Interessen sehen wir der Zukunft mit vollem Zuversicht entgegen.“

„Wir befürchten nicht, daß andere schon geeignete Nationen uns das Recht auf nationale Existenz freigießen werden.“

„Die Erfahrungen der Vergangenheit haben die Völker gelehrt, daß gleiche Rechte für Alle zu achten und in der Wohlfahrt des Einen den wahren Vortheil des Andern zu finden.“

„Das deutsche Volk, von dem Wunsche besetzt, mit allen Völkern in Frieden zu leben, hat nur das Verlangen — frei und unabhängig seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen, und ist entschlossen, dies unbestreitbare Recht unter allen Umständen zur tatsächlichen Geltung zu bringen.“

„So gehen wir freudig an das Werk des friedlichen Ausbaues des Bundes. Die uns von Ew. Majestät angestellten wichtigen Gesetze werden wir gewissenhaft prüfen. Die Bemühung der in der Bundesverfassung vertheilten einheitlichen Leitung der Verkehrsmittel, die Einführung einer gleichen Maß- und Gewichtsordnung werden nicht minder als die gesetzliche Begründung vollen Freizügigkeit und eines deutschen Staatsbürgerrechtes das nationale Leben fördern.“

„Eine weise Sparsamkeit in den Ausgaben, gerechte Vertheilung der Lasten, eine gemeinsame Rechtsordnung, wirtschaftliche und individuelle Freiheit — das sind die Grundlagen, welche das von der Nation unter der glorreichen Führung des Königlichen Hauses der Hohenzollern errichtete Gebäude unerschütterlich machen werden. In tiefster Ehrfurcht verharren etc.“

Es soll über diesen Antrag durch Schlussberathung im Plenum entschieden werden. Zu Referenten ernannt der Präsident die Abgg. Blank und Graf Stolberg-Wernigerode. — Sodann theilt der Präsident mit, daß ihm gestern durch den Bundeskanzler, 4 Gesetz-Entwürfe und ein Vertrag zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung des Reichstages zugefunden worden sind. 1. Der Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wegen Fortdauer des Bollvereins. Über die geschäftsmäßige Behandlung der Vorlage wird beschlossen werden, sobald sie gedruckt ist. 2. Der Gesetzentwurf betr. den Haushalt-Estat des Norddeutschen Bundes für 1868, nebst dem Statut mit zehn Anlagen. Unter den Anlagen befindet sich auch eine Berechnung der zu erhebenden Matrikularkräfte. — Der Präsident theilt mit, daß eine ausreichende Anzahl gedruckter Exemplare ihm übergeben werden, und den Mitgliedern heute noch zugestellt werden sollen. Nachdem das Haus beschlossen, heute über die geschäftliche Behandlung Beschuß zu fassen, schlägt der Präsident vor, die Vorlage zur Berathung im Hause zu stellen.

Abg. Reichensperger ist für die Verweisung der Vorlage an eine Commission, da der Modus allein die Garantie einer gründlichen und gewissenhaften Berathung giebt. Die Berathung im Hause ist nur zulässig entweder bei sehr einfachen oder bei sehr complicirten Vorlagen; und bei der letzteren Art nur aus dem Grunde, um der Commission die Ansichten und Gesichtspunkte der wahrscheinlichen Majorität an die Hand zu geben. Beim Budget aber handelt es sich nicht allein um die Frage der Möglichkeit und Notwendigkeit der einzelnen Positionen, sondern bei der Berathung hat man seine Aufmerksamkeit mit zu richten auf die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben; es muß eine Abwägung der relativen Notwendigkeit und Nützlichkeit erfolgen, um ein klares Bild über den ganzen Statut zu gewinnen und die Biffern zu gruppieren. Als die Berathung im Hause über das Budget zum ersten Male im preuß. Abgeordnetenhaus vorgeschlagen wurde im J. 1864, haben die Herren, welche dies damals befürworteten, v. Hennig, Twesten etc. ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Berathung nur eine Einleitung für die Berathungen der Budget-Commission bilden solle. Der Antrag wurde damals abgelehnt. Ein einziges Mal ist diese Praxis zur Ausübung gekommen im vor. Jahre, wo aber ganz andere Gründe vorlagen, und die Hoffnungen, die man darauf setzte, haben sich durchaus nicht bestätigt. Die Berathung ist keineswegs eine

gründlichere, sondern eine mehr summarische und tumultuarische gewesen. Und dies ist ja auch natürlich; das Plenum wird sehr bald unruhig, der Ruf nach Schluss wird häufig laut und gerade die Sachverständigen, die man doch sonst in die Commission wählt, kommen gar nicht zum Worte. Im englischen Parlament, wo die Commissionsberathungen im Plenum geschehen, ist eine ganz andere Voraussetzung vorhanden. Dort wird das Ministerium immer aus der Majorität des Hauses gewählt, und es ist deshalb fast undenkbar, daß irgend eine wesentliche Position verweigert wird. Wenn die Majorität dieses Hauses sich auch mit dem Ministerium identifiziert und eine Streichung nicht für unkenntlich hält, oder glaubt, daß auch nur bei der leisesten Andeutung einer Streichung der Rücktritt des Ministeriums zu erwarten sei, dann allerdings nimmt es mich nicht Wunder, wenn Sie Vorberathung im Hause wünschen. Ich meines Heils muß daran festhalten, daß die Budgetberathung, die die Lebensfrage für das Land ist, gewissenhaft und sorgfältig vor sich gehe, und dies ist nur möglich durch eine Vorberathung in der Commission durch Sachverständige. (Beifall links.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich bin für die Vorberathung im Plenum. Die Entstehung des § 15 der Gesetzesordnung kenne ich nicht genugend, und es kommt auf ihre Geschichte überhaupt nicht an. Der § 15 gibt uns die Freiheit, in der Commission oder im Plenum zu berathen, und wir werden von ihr Gebrauch machen auf die Gefahr hin, in Widerspruch zu gerathen mit einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses in Preußen, das dies für unkenntlich gehalten hat. (Heiterkeit.) Denn es sind schon in der Welt sehr viele Dinge für unkenntlich gehalten und haben sich hernach doch als sehr gut möglich herausgestellt. (Heiterkeit und ironische Zustimmung.) Die Beweisung an die Commission beschäftigt zunächst nur 35 Mitglieder des Reichstages; das Plenum dankt facit zu Gunsten dieser 35 ab. Wählen wir die Vorberathung im Plenum, so beschäftigt der Gegenstand sechzehn sämtiliche Mitglieder, sämtiliche Fraktionen. Es ist das Beweisen jeder Vorlage an eine Commission ein parlamentarischer Zopf, der eben so gut abgeschnitten werden muß, wie der Kumpfzopf und andere Hölze auch. Ich bestreite es, daß die 35 die ausschließlich zu dieser Arbeit Verufenen sind, namentlich bei dem mangelaufenden Modus der Zusammenhang unserer Commissionen. Es können möglicher Weise unter den Uebrigen weit Berufenere sein, jedenfalls aber gewährt uns die Vorberathung im Plenum die Gewissheit, daß Jeder von vornherein die Möglichkeit hat, zum Worte zu gelangen. Darum halte ich die Vorberathung im Plenum nicht nur für die gründlichste, sondern auch für die raschste Art der Geschäftsbahndlung. Gegen Ueberzeugung ist man gestört durch die Schlussberathung, man gewinnt gleichzeitig durch diese eine Totalübersicht, man ist im Stande, vergessene Dinge nachzuholen. Wenn man sagt, in England sei die Form der Vorberathung nur möglich, weil dort die Mehrheit des Parlaments und das Ministerium identisch seien und nie etwas vom Budget gestrichen werde, so erlaube ich mir zum Beweise, daß Vorberathungen im Plenum und Äbürthe im Budget keine Widersprüche sind, einfach auf die Äbürthe des preuß. Abgeordnetenhauses, und angesichts dieser Thatsache wird man doch ihre Möglichkeit nicht leugnen wollen. Was die Öffentlichkeit anbelangt, so steht ja, wenn wir dieselbe in einem einzelnen Falle nicht für gut erachten sollten, es in unserem Belieben, sie, so oft wir wollen, auszuschließen.

Abg. Tiez beantragt Schluß der Discussion. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Dr. Löwe: Ich hätte gewünscht, daß die Herren nicht so voreilig mit ihrem Votum gewesen wären und sich aus der Vorlage erst überzeugt hätten, was ihnen vorgelegt wird. Wenn Sie das ins Extrem treiben wollen, dann hätten Sie heute schon die ganze Vorlage blind annehmen können, und der verehrte Herr da drüber hätte gar nicht erschöpft gehabt, sogleich den Schluß zu beantragen. Ich muß diese Bemerkung machen, weil ich nicht wünsche, daß diese üble Sitte in unsere Verhandlungen einreise. (Unterbrechung rechts.) — Präf. Dr. Simon: Der hr. Abgeordnete wird wohl selber diesen Ausdruck nicht aufrecht erhalten. — Abg. Dr. Löwe: Ich nehme ihn zurück. Namentlich aber wünsche ich diese Eile vermieden zu sehen in diesem Augenblide, wo wir für ganz neue Verhältnisse, für einen ganz neuen Staat die Grundlage zu entwerfen haben. Es ist möglich, daß die Dinge sich später wieder wiederholen und dann könnten wir gewisse Dinge etwas schneller abmachen. Aber so liegen die Sachen hier nicht. Der Marine-Etat z. B. ist nicht bloß als Etat neu, nein, wir warten sogar noch auf einen Gründungsplan. Glauben Sie denn wirklich, daß man mit solchen Arbeiten am besten in der Plenarberathung beginne? Sie wollen es schnell machen; aber, m. H., ich bin doch von Ihrer Gewissenhaftigkeit überzeugt, daß Sie es auch gut machen wollen. Wenn wir hintereinander blos Budget berathen sollen, von Position zu Position, so ist es namentlich, wenn Sie die absolute Schnelligkeit dabei im Auge haben, nicht möglich, die Arbeit gleichzeitig gut zu machen. M. H., es ist kein gutes Vorzeichen, daß Sie wieder gleich mit dem "schnell" anfangen.

Abg. v. Hennig: Die Gegner der Vorberathung gehen davon aus, daß die Vorberathung im Hause ungründlicher sein müsse als in der Commission. Ich habe die gegenwärtige Meinung. Ich bin lange Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses, auch Mitglied der Budget-Commission gewesen und kann bezeugen, daß die einzige Vorberathung, die wir im Hause gehabt haben, keineswegs ungründlicher gewesen ist, als die in der Commission. Gerade das Budget ist für jede Volksvertretung, für das ganze Land die allerwichtigste Frage. Die muß daher auch in aller Öffentlichkeit vor dem ganzen Lande, unter Theilnahme der ganzen Bevölkerung behandelt werden. Die Gegner dieses Modus werden durchaus nicht im Stande sein, irgend einen Etat anzustühlen, der bei der Vorberathung im preuß. Abgeordnetenhaus überhaupt gebrochen wäre. (Hört! hört! links!) Gerade weil wir das Budget noch nicht kennen, weil es etwas Neues ist, deßwegen ist es notwendig, in öffentlicher Sitzung vor dem ganzen Lande diese Verhandlung zu führen. Die Berathungen der Commission bleiben immer mehr oder weniger Geheimnis für das große Publikum. Niemand kann ihre diktatorischen Befehle durchlesen. Die Folge der Vorberathung der Commission ist immer gewesen, daß die Verhandlungen im Plenum selbst ungründlicher wurden, die wichtigsten Fragen kommen zu einer kurzen Schlussverhandlung, von der der außerhalb Stehende sich schwer einen Begriff machen kann. Ich werde nie zu der Überzeugung kommen können, daß die Gesamtkräfte im Hause weniger zu leisten vermöchten, als dieser kleine Sonderausdruck.

Abg. Waldeck (für Commissionsberathung): Der Einwurf, daß auch in der Commission nicht alle Mitglieder die erforderlichen technischen Kenntnisse besitzen, ist nicht zutreffend, da bei der Wahl darauf Rücksicht genommen wird. Das Einzige, was man für die Plenarisierung geltend machen

könnte, ist, daß der Militärat diesmal von der Verhandlung ausgeschlossen ist, indessen bleiben der wichtigen Dinge genug für eine gründliche Commissionsberathung — ich erinnere nur an den uns ganz neuen Marine-Etat. Und glauben Sie, daß wir das Budget ganz unverändert annehmen oder unbedingt verweigern werden? Wahrscheinlich keins von beiden. Es wird der eine Theil angenommen, ein anderer modifizirt und resp. abgelehnt werden. Gerade bei diesem zweiten Theile ist aber eine gründliche Prüfung wünschenswerth, in welcher an die Bundescommissare Anfragen gerichtet werden können, deren Besprechung im Plenum unmöglich ist.

Abg. Graf Bethushy-Huc: Wäre das Budget eine reine Finanzangelegenheit, so würde ich ebenfalls für eine Commission sein; ich sehe darin aber einen politischen Act in eminentem Sinne und dazu brauchen wir keine Fachmänner, politisch gebildet muß Jeder sein, der eine Wahl für dieses Haus angenommen hat. Man hat uns das Beispiel des Marine-Etats entgegengehalten, aber Sie dürften für die Commission schwierig mehr als vielleicht 7 Mitglieder finden, die im Stande wären, die einschlagenden Fragen mit Sachkenntniß zu beurtheilen. Diese Budgetberathung ist der erste Schritt zum Ausbau des Norddeutschen Bundes; sie muß zwar nicht schnell, aber öffentlich vorgenommen werden, damit jeder Bürger des neuen Bundes im Stande sei, von derselben Kenntniß zu nehmen. — Abg. Sachse empfiehlt die Wahl einer Commission, weil man in derselben gründlicher bei Vergleichung von Rechnungen und Listen, Zusammenstellung von Summen &c. zu Werke gehen könne, was dieses erste Mal nötig sei. — Abg. Schulze: Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie ohne technische Information in die Budgetdebatte eintreten wollen. In der Commission läßt sie sich sehr wohl gewinnen durch Fragen an die Bundescommissare in Betreff von Details, die im Plenum zu erörtern bei der Größe der Rednerliste unthunlich ist.

Der Antrag auf Verweisung des Budgets an eine Commission wird darauf verworfen (für ihn die Linke, v. Bockum-Dolfs, Schleiden u. A.) und die Vorberathung im Hause beschlossen.

Für die dritte Vorlage, das aus 10 Paragraphen bestehende Paketgesetz, wird die Schlussberathung, für die Gesetze über das Postwesen und die Abgabe von Salz wird die Bildung von Commissionen beschlossen. — Es folgen Wahlprüfungen. Nachdem das Haus den Antrag der 4. Abh. angenommen, das Bundespräsidium zu ersuchen, bald den Erlass eines allgemeinen Wahlgesetzes und Wahl-Reglements für den ganzen Umsfang des Norddeutschen Staates zu veranlassen, geht das Haus zur Prüfung der Königsberger Wahl über. Ref. ist Abg. Miquel: In Königsberg sind abgegeben 12,451 gültige Stimmen, davon erhielten General Vogel v. Falkenstein 6352, v. Hoverbeck 6086 St. Gegen die Gültigkeit der Wahl ist (wie bereits erwähnt) ein Protest eingegangen, welcher die Wahl wegen der Bildung besonderer Militärwahlbezirke für ungültig erklärt wissen will, und welcher zweitens beantragt, Hrn. v. Hoverbeck als gewählt anzusehen. Der Protest zieht natürlich die 723 ungültigen Militärvoten, welche Hr. v. B. v. F. erhielt (v. H. erhielt deren nur 14) ab. Die Erwartung der Protestirenden — fährt der Referent fort — daß der Reichstag lediglich nach Recht und Gesetz ohne alle Parteiabsichten und ohne Rücksicht auf die Person des hochverdienten Generals, um dessen Ausschluß es sich handelt, beschließen werde, ist sicher eine begründete. Die Abtheilung sieht den Protest als durchaus berechtigt an und beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären, kann aber das zweite Petition, Hrn. v. Hoverbeck einzubüren, nicht für begründet erachten. Die Abtheilung ist zunächst der Ansicht, daß Wahlgesetz und Wahlreglement nicht die Bildung von Standeswahlbezirken zuläßt, sondern lediglich eine örtliche Abgrenzung vorschreibt. Abgegeben von der Tendenz des Gesetgebers ist der klare Wortlaut des Wahlgesetzes ganz zweifellos. Der § 8: „die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke getheilt“, bezieht sich unzweifelhaft nur auf örtliche Abgrenzung, was noch klarer wird, wenn man den § 9 mit in Betracht zieht: „Wer ein Wahlrecht an einem Ort ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben“ &c. Redner führt aus, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung eine wichtige Garantie für die Wahlfreiheit sei und daß die in Königsberg in den Militärwahlbezirken abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden müßten. In der Commission wollte nun jemand diese ungültige Einrichtung damit rechtfertigen, daß sie praktischer wäre, da das Militär oft umquartiert würde und so leicht in die Lage käme, nicht in die Liste mehr eingetragen zu werden und so sein Wahlrecht zu verlieren. Eine praktische Schwierigkeit kann aber eine offensbare Verlegung des Gesetzes nicht rechtfertigen; ist das Gesetz mangelfhaft, so möge man es ändern; man hat aber nicht das Recht, es zu übertreten. Außerdem ergeben sich ganz ähnliche praktische Schwierigkeiten auch für die gesammte arbeitende Bevölkerung. So sehr unbedeutend scheint übrigens die Ausführung nicht zu sein, da in keinem anderen Bundesstaate ein solcher Fall vorgekommen und auch in den Provinzen, wie z. B. in Hannover, das Militär in dem ihm gesetzlich vorgeschriebenen Bezirk gewählt hat. Wenn nun ein anderes Mitglied der Commission die Herstellung besonderer Militärwahlbezirke aus § 15 des Wahlgesetzes herleiten will, welcher lautet: „die Wahlkreise und Wahlbezirke &c. insofern dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt ist, werden von der Staatsregierung bestimmt“, so ist dies, wenn der Einwand wirklich ehlich gemeint ist, nur ein Scheingrund; durch den Satz „insofern dies nicht durch das Gesetz festgestellt ist“ ist die Schranke gestellt; die Regierung hat nicht mehr darüber zu entscheiden, ob die Wahlkreise überhaupt örtlich abgegrenzt werden sollen, denn dies bestimmt das Gesetz, sondern nur darüber, welche örtliche Abgrenzung gemacht werden soll. Aus diesen Gründen beantragte ich: „die Wahl für nichtig zu erklären.“ — Was das zweite Motiv zum Proteste anlangt, daß als Beisitzer Militärpersonen, also Staatsbeamte fungir hätten, so weiß ich nicht genau, ob die Wehrheit der Commission dieser Ansicht beigefügt hat; ein großer Theil sprach sich jedoch für die Unzulässigkeit auch dieses Verfahrens aus. Ich persönlich bin in der That juristisch zweifelhaft, ob Soldaten als Staatsbeamte oder Staatsdiener angesehen sind; dies hängt vom Sprachgebrauch in den einzelnen Ländern ab. Für den preuß. Staat, scheint es mir, dürfte die Frage zu bejahen sein; das Militär steht im Dienste des Staates, wird vom Staate befördert, sieht unter dem Disciplinargebiet; auch das A. L.-R. scheint den Militärbeamten unter den Begriff „Staatsdiener“ zu rechnen (Th. II. Tit. 9 A. L.-R.); auch Röhrs in seinen Erläuterungen zum Landrecht schließt sich dieser Ansicht an. Nimmt man an, daß Militärpersonen Staatsbeamte sind, so müßten auch aus diesem Grunde die Militärwahlen annulirt werden. Was nun das zweite Petition betrifft, Hrn. v. Hoverbeck ein-

zuberufen, so wird dasselbe von der Abtheilung nicht empfohlen. Wenn diesem Antrage stattgegeben würde, so gingen lediglich durch das gesetzwidrige Verfahren des Magistrats in Königsberg sämtiliche Militärwähler ihres Stimmrechts verlustig, und der Wahlkreis würde dann durch einen Abgeordneten vertreten sein, von dem man nicht behaupten könnte, daß er in Wahrheit die Majorität der Wähler vertritt. Der Reichstag soll aber dafür sorgen, daß Niemand sein Wahlrecht verstimmt, und daß auch wirklich der Abgeordnete der Majorität gewählt werde. Die Abtheilung schlägt Ihnen deshalb vor, den ganzen Wahlkreis zu cassieren.

Von dem Abg. Stumm wird beantragt, die Wahl v. F. für gültig anzuerkennen, zugleich aber den Bundeskanzler aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft von der Bildung besonderer Militär-Wahlbezirke abgesehen wird.

Bundesk. Graf zu Eulenburg: Die Staatsbehörde hat die Bildung von Militär-Wahlbezirken nicht angeordnet, aber zugelassen, und sie verhehlt sich nicht, daß Zweifel gegen die Legalität dieser Anordnung erhoben werden würden. Andererseits ist sie wünschenswerth und fast notwendig. Was die Militärs als Wahlvorstände betrifft, so ist zu unterscheiden zwischen Mitgliedern der bewaffneten Macht und Staatsbeamten, obwohl auch erstere Staatsbeamte sind. Bei milder Praxis, ohne die Sache auf die Spitze zu treiben, könnte man Militärs als Beisitzer wohl zulassen. Die Wahl des Abg. Wiggers wurde nicht für ungültig erklärt, obwohl auch bei ihr Militär-Wahlbezirke bestanden. Die Behörde hat bona fide gehandelt, möge man die Wähler nicht aus formellen Gründen belästigen. Gegen den Antrag Stumm hat die Regierung nichts einzuwenden und würde ihn in ernsteste Erwägung ziehen. — Abg. Stumm: Wir prüfen hier die Wahl nicht als Obertribunal, sondern müssen über Formfehler wegsehen. Für General v. Falkenstein hätten die Soldaten auch ohne Militär-Wahlbezirke gestimmt. — Abg. Meyer (Thorn): Ich schließe mich dem Antrage des Comm an ohne Rücksicht auf Partei und Person. Das Wahlgesetz spricht von dem Abgrenzen der Wahlbezirke. Abgrenzen aber ist eine Art des Eintheilens nach Raum. Aus diesem Grunde dürfen Militärwahlbezirke nicht gebildet werden. Eine Gesetz-Berlegung liegt dann vor, wenn das Grundsatzprinzip des Wahlrechts verletzt ist, und das ist der Fall. Eben so gut wie die Militärs konnte man die Kaufleute oder das Gewerk der Schuhmacher oder die Civilbeamten gesondert abstimmen lassen. Aber auch aus einem zweiten Grunde bin ich für den Commissionsantrag. Das Gesetz sagt: Gemeindemitglieder sollen zur Bildung der Wahlbezirke hinzugezogen werden. Nun sind aber nach der Städteordnung Militärpersonen keine Gemeindemitglieder, folglich hat aus diesem Grunde schon eine gesetzwidrige Bildung der Wahlvorstände stattgefunden.

Abg. v. Kranch ist gegen den Antrag. Es sei im Wahlgesetz nirgends festgesetzt, daß, wenn irgend ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Reglements oder des Wahlgesetzes vorkommt, durchaus die Ungültigkeit des Wahlacces folge. — Abg. Dr. Becker erklärt gegenüber dem Grafen Eulenburg, es sei nicht die Schuld des Reichstages, wenn die Regierung in gutem Glauben gewesen wäre. Gleich am Anfang des ersten Reichstages hat der Abg. Lasker auf die Unrechtmäßigkeit dieser Militärwahlbezirke hingewiesen. Am deutlichsten ging aber die Ansicht des Reichstages bei Geleghenheit eines Antrages hervor, den der Abg. v. Brinken damals stellte. Derselbe lautete: „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Von letzterer Bestimmung werden in den Militärwahlbezirken alle Militärpersonen nicht betroffen.“ Diesen Antrag hat der Reichstag damals abgelehnt und damit sehr deutlich seine Meinung kundgegeben.

Abg. Dr. Eichmann: Der Magistrat von Königsberg hat sich bei der Bildung der Militärwahlbezirke in dem guten Glauben befinden, gesetzmäßig zu verfahren. Im ersten Reichstage kam diese Frage in 2 Fällen zur Sprache, einmal bei der Wahl des Abg. Scheerer, das andere Mal bei der Wahl in Neisse. In beiden Fällen wurde die Bildung der Militärwahlbezirke nicht bewängt und in dem Falle von Neisse nur die Bildung der Wahlvorstände. Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, daß ein großer Theil unserer Truppen in Sachsen und in außerpreußischen Provinzen steht, und daß somit, wenn Sie beschließen, daß keine Militärwahlbezirke gebildet werden, diese Mannschaften überhaupt an der Wahl nicht teilnehmen können. In Königsberg hat man sich damit zu helfen gesucht, daß man Einjährig-Freiwillige zu Wahlvorständen und Beisitzern ernannte. Dies können wir doch nicht als Staatsbeamte im Sinne des Gesetzes ansehen? Königsberg hat es sich zur Ehre gerechnet, den General Vogel v. Falkenstein, den berühmten Führer der Mainarmee, zu wählen; ich glaube, daß es einen schlechten Eindruck hervorbringen wird, wenn Sie die Wahl für ungültig erklären.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Schleiden, des Grafen Eulenburg und des Referenten wird über den Antrag Stumm's abgestimmt. Da das Bureau zweifelhaft ist und die Zahlung ergibt, daß 90 gegen und 80 für gestimmt haben, wird namentliche Abstimmung beantragt und der Antrag als dann mit 92 gegen 75 Stimmen verworfen. (Dafür u. A. die Abg. Stavenhagen, Aegidi und Meier-Bremen, dagegen einige Freiconservative.) Der Antrag der Abtheilung (Ungültigkeitsklärung der Wahl) wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

#### Politische Übersicht.

Die Annahme, daß die Regierung das preuß. Abgeordnetenhaus aufzulösen beabsichtige, ist nach der ministeriellen „Prov.-Corresp.“ unrichtig. Das Ministerium wolle nach den vielen Wahlen ohne Not weder dem Lande noch den Behörden eine erneute Wahlbewegung zumuthen. Nach demselben Blatte wird das Herrenhaus durch Berufung aus den neuen Provinzen erweitert werden.

Der „Schwäbische Merkur“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Grafen Bismarck an die Vertreter Preußens vom 7. Sept. Der Minister erklärt, daß er die Erklärungen der französischen und österreichischen Vertreter über die Salzburger Zusammenkunft mit Befriedigung entgegengenommen habe. Es war — heißt es dann weiter — voraus zu sehen, daß es sehr schwer sein würde, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß eine Thatsache, wie die Zusammenkunft der beiden mächtigen Monarchen Angesichts der gegenwärtigen Lage der europäischen Politik, nicht einer liegenden Bedeutung und weiter gehende Folgen habe, und die Ansangs mit einer gewissen Besonnenheit und den Anschein der Authenticität verbreiteten Nachrichten über beabsichtigte oder gefasste Entschlüsse auf dem politischen Gebiete waren nicht geeignet, die Zweifel über den Zweck der Zusammenkunft zu heben. Es gereicht uns um so mehr zur Genugthuung, aus den österr. und franz. Erklärungen die Versicherung zu entnehmen, daß

Der Besuch des Kaisers Napoleon lediglich aus einem Gefühl hervorgegangen ist, welches wir ehren und mit dem wir sympathisieren, und daß der Zusammenspiel beider Herrscher der Charakter dieses Motivs gewahrt geblieben ist. Danach sind innere Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten es voraussehen ließen, Gegenstand der Versprechungen in Salzburg gewesen. Es ist dies um so erfreulicher, da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voransetzungen in ganz Deutschland fanden, von Neuem zeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt, oder nach anderen Rücksichten geleitet zu seien, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstören, sondern befriedend wirke. Wir haben Alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dieses Verleben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt Alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Pläne, deren Gegenstand es sein könnte, und in Folgedessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und Unabhängigkeit hervorufen könnte. Wir begrüßen daher die bestimmte Verneinung jeder auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands gerichteten Absicht im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer eigenen Angelegenheiten mit lebhafter Genugthuung. Die süddeutschen Regierungen selbst werden uns bezeugen, daß wir uns jedes Versuchs enthalten haben, einen moralischen Druck auf ihre Entschließungen zu üben, und daß wir vielmehr auf die Handhabe, welche sich uns zu diesem Zweck in der Lage des Zollvereins bieten konnte, durch den Vertrag vom 8. Juli d. J. rücksichtslos verzichtet haben. Wir werden dieser Haltung auch ferner treu bleiben. Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgekommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenwärtige Annäherung inne zu halten hat, jederzeit der freien Entscheidung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen. Diesen Standpunkt glauben wir um so ruhiger festzuhalten zu dürfen, als wir in den gegenwärtig bestehenden vertragmäßigen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands, wie sie in den abgeschlossenen Übereinkünften und in der Vollständigung des Zollvereins sich darstellen, eine rechtlich und tatsächlich gesicherte Grundlage für die selbstständige Entwicklung der nationalen Interessen des deutschen Volkes erblicken. Eure zc. ersuche ich, Sich in diesem Sinne gegen die vorläufige Regierung auszusprechen, und ermächtige Sie auch zur Verlebung dieses Erlasses."

(OC.) Berlin, 18. Sept. [Der Antrag einer Adresse zu erlassen], ist von dem Abg. Miguel in der Fraction der National-Liberalen angeregt und innerhalb derselben, nach lebhaftem Widerspruch, in einer vierstündigem Sitzung gestern Abend mit einer kleinen Mehrheit genehmigt.

[Engere Wahlen.] Im 15. und 19. Wahlbezirk des Königr. Sachsen, sind bei den engeren Wahlen die conservativen Kandidaten durch die liberalen geschlagen worden. Es sind Dr. jur. Hans Blum (nat.-lib.) und Schriftsteller Liebknecht (soc.-dem.) gewählt worden. — In Reichenbach ist Westen gegen den Soc.-Dem. v. Schweizer, in Glogau der Eisenbahndirector Bail (lib.) gegen den (cont.) Gr. Nitiberg, in Bielefeld ist Waldeck gegen den (cont.) Kaufmann Tiemann gewählt.

Der "Staatsanzeiger" enthält eine R. Cabinetordre vom 21. Juli c., betr. die R. Verordnung über die Disciplinar-Bestrafung in der Armee.

#### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags!

Berlin, 19. Sept. (Sitzung des Reichstags.) Die Commissionen für das Postgesetz und das Salzgesetz haben sich konstituiert. Die vorliegenden Wahlen wurden genehmigt. Die Adress-Debatte wird wahrscheinlich nächsten Montag stattfinden. Sodann wird die Vorberathung des Budgets beginnen. Es wird die Bildung einer Petitions-Commission beabsichtigt.

Danzig, den 19. September.

\* Die zu gestern in das Lokal des "freundlichen Vereins" berufene Versammlung von Häuslebäumen war zahlreich besucht. Eine eingehende Erörterung der vorliegenden Frage, welche Mittel anzuwenden seien, um den am 10. d. von der Stadtverwaltung gefassten Beschluss, betr. die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, zu inhibiren, konnte nicht stattfinden, da sich nicht nur das Lokal als unzureichend erwies, sondern es auch noch an der Beleuchtung desselben fehlte, weil der Gasometer seine Dienste versagte. Es wurde, nachdem mehrere Redner in kurzen Worten die großen Nachtheile angekündigt hatten, welche durch das Inkrafttreten des qu. Beschlusses für die Mehrzahl der Häuslebäume entstehen müßten, vorschlagen, eine Commission zu wählen, welche mit dem Auftrage zu betrauen wäre, eine Eingabe zunächst an die Stadtverwaltung-Versammlung resp. den Magistrat zu richten, in welcher die Bitte ausgesprochen wird, einen andern Modus in der Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer einzuführen, wodurch eine gleichmäßige Vertheilung der Lasten unter alle Einwohner erzielt wird, zugleich aber auch der Regierung Kenntnis von dem gethanen Schritte mit dem Erfassen zu geben, ihrerseits die Besteigung vorläufig zu fixieren, um den städtischen Behörden Zeit zu gewähren, einen dem allgemeinen Interesse entsprechenden Beschluss zu fassen. Die Versammlung erhebt diesen Vorschlag zum Beschluss und erwählt zu Mitgliedern dieser Commission die H. R. Block, Datow, Hols, Kafemann, L. Lippert, R. Mischke, Schur, Schönhoff, Süssert, Unterlauff, Wolfssohn, Bimbars. Ferner wird beschlossen, zu Freitag, 20. Sept., eine Versammlung der Häuslebäume in den Schülzenhaussaal zu berufen, um dafelbst über die von der gewählten Commission zu entwerfende Einlage in Berathung zu treten.

\* [Die Kirchhoffrage] nimmt wieder eine andere Wendung. Dem Magistrat ist die Mittheilung gemacht, daß die Eisenbahnverwaltung den Platz rechts an der Allee, auf welchem sich die neuen Kirchhöfe befinden, zum größten Theile (nahezu  $\frac{1}{2}$ ) zur Anlegung eines Bahnhofes in Anspruch nehm.

\* [Danzig-Neufahrwasser Eisenbahn.] Der Personengeldtarif ist wie folgt festgesetzt: Vom alten Bahnhof (Lederthor) nach Neufahrwasser oder von dort nach hier kostet ein Billet für die I. Kl. 9 Th., II. Kl. 7 Th., III. Kl. 5 Th.

IV. Kl. 3 Th.; vom Bahnhof am Schülzenhause oder von Neufahrwasser nach denselben I. Kl. 6 Th., II. Kl. 5 Th., III. Kl. 3 Th., IV. Kl. 2 Th. — Zur Ausgabe von Tagesbillets zu ermäßigten Preisen sind von der Direction bis jetzt noch keine Anweisungen ertheilt worden; es steht aber zu erwarten, daß man im Interesse des Publikums wie der Rentabilität der Bahn diese allervorts gewährte Begünstigung auch für diese Bahnstrecke einführen wird.

\* Der Kaiserl. österreichische Consul, Hr. v. Kulsz, ist von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt und übernimmt vom heutigen Tage ab wiederum seine amtlichen Functionen.

[Engere Wahlen.] Im Kreise Schlesien ist der deutsche Kandidat, Rittergutsbesitzer Techow-Morsl (lib.), mit 5569 Stimmen gewählt, während der polnische Kandidat, v. Rozyci, 5223 St. erhielt. Auch im Kreise Bromberg hat v. Saucken-Georgselde (lib.) über v. Ulatowski gesiegt.

#### Stadt-Theater.

\*\*\* "Bürgerlich und romantisch" von Bauerfeld ist zwar in seinen Tendenzen etwas veraltet, doch kann es, da es gut angelegt ist und einige interessante Rollen enthält, immer noch fesseln, wenn ihm die entsprechende Besetzung zu Theil wird. Dass das bei der gestrigen Aufführung der Fall war, wird man nicht behaupten dürfen. Zunächst kam die wichtige Partie Catharinas gar nicht zur Geltung. Die Rolle entspricht schon nicht der Persönlichkeit des Fr. Wolff, überdies schien sie ihr noch ziemlich fremd zu sein. Auch besitzt die Dame nicht die Routine, welche sonst über solche schwierige Lagen hinweghilft. Über Fr. Sigl (Cäcilie), die, wie wir hören, gleichfalls neu auf der Bühne ist, wollen wir unser Urtheil noch suspendieren. Manches Einzelne gelang ihr ganz hübsch. Das Spiel schlägt jedoch noch Freiheit und Sicherheit. Hr. Rösler ließ in der Rolle Sittigs nichts zu wünschen übrig, auch Hr. Buchholz bewies, daß er im Lustspiel eben so gut wie im Drama seine Rolle ausfüllen kann. Es fehlte ihm weder an der Leidenschaft des Spiels, noch an dem Humor, den derartige Rollen erfordern. In den kleineren Partien leisteten die H. Anders (Babern), Rötel (Präsident) und Fichte (Urrub) Befriedigendes. — In dem kleinen Liederspiel: "Die Kunst, geliebt zu werden", erwarb sich Hr. Fichte durch seine gesanglichen Leistungen recht lebhafte Anerkennung. Auch seine Darstellung war durchaus ansprechend. Fr. Bertina, welche als Röschen debütierte, befriedigte im Allgemeinen, hatte jedoch in der Partie nicht rechte Gelegenheit, sich zu zeigen. Hr. Lemich, unser neuer Komiker, wandte als Elsterwitz Mittel an zur Steigerung des Komischen, an die wir auf unserer Bühne im Allgemeinen nicht gewöhnt sind.

#### Büschrist an die Redaction.

In No. 4439 der "Danz. Ztg." wird in einer Büschrist ein hier stattgehabter Unfall an einer Dampfdreschmaschine zur öffentlichen Kenntnis gebracht, der meinerseits folgender näheren Berichtigung bedarf:

Es wird behauptet, daß nach dem Urtheile von Sachverständigen der Unfall dadurch herbeigeführt sein müsse, daß ein Gegenstand in den Dreschlasten hineingelassen sei, und wiederum wird aus einzelnen Reden der Arbeiter gefolgt, daß von denselben der Unfall absichtlich bewirkt worden sei. Zunächst ist ersteres um so mehr fraglich, als kurze Zeit vorher in dem Dreschlasten eine Selbstentzündung entstanden war, die durch Zugfischen eines Eisners Wasser gelöscht werden mußte, und ferner nach einer durch Kohlemangel entstandenen Pause der Maschine mit ungewöhnlich starker Kraft weiter arbeiten ließ. Wenn aber auch hierdurch der Unfall nicht veranlaßt worden wäre, sondern durch Hineinbringen eines fremden Gegenstandes, etwa eines Steines, so ist die Absichtlichkeit der Arbeiter sehr wenig erweislich. Daß die Tagelöhner derartige Maschinen mit Argwohn betrachten, ist bekannt und haben dieselben auch in der That auf die Maschine geschimpft; solche Reden aber, wie sie die Büschrist anführt, gehört zu haben, wird von dem Gütsinspector durchaus in Abrede gestellt. Auch muß ich die Insinuation, daß den Arbeitern nicht genügender Lohn verprochen wäre, entschieden zurückweisen, da dieselben nach meinen Anerbietungen bedeutend mehr verdient hätten, als bei der gewöhnlichen Pferdedreschmaschine.

Daß unter den obwaltenden Umständen ich mich weigerte, dem Hrn. Vermiethen, der für Locomobile und Dreschmaschine ja einen Aufseher mitgebracht hatte, und mit dem in Bezug auf Schadensatz für etwaige Beschädigungen nichts verabredet war, unbedingt Schadensatz zu leisten, nachdem derselbe alle Vorschläge meinerseits abgelehnt hatte, scheint mir ganz erklärlich zu sein. Und es wäre im Interesse aller Landwirthe wünschenswert, wenn von dem Hrn. Vermiethen die weiteren Schritte, die in der Büschrist ange deutet sind, gehalten würden und so die Sache zum gerichtlichen Aus trage käme.

Bankau, den 18. September 1867.

A. Bieler.

#### Bermischtes.

London, 17. Sept. [Schiffuntergang.] Das um 1 Uhr von London abgegangene Marseille-Dampfschiff "Brasil" ist in Collision gewesen und gesunken. Von den an Bord befindlich gewesenen Personen sind 25 gerettet. (B. H.)

#### Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Septbr. Aufgegeben 2 Uhr 25 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Letzter Er. Septbr. Er.

Roggen flau.	Ostpr. 3½% Pfandbr.	78½	78½
Regulierungspreis .	65½	65½	Westpr. 3½% do.
September .	65	65	do. 4% do.
Septbr.-Oktbr. .	65	65	Lombarden . . . . . 100½
Rübel Septbr. .	11½	11½	Deitr. National-Aul. . . . . 53½
Spiritus Septbr. .	22	21½	Ruß. Banknoten . . . . . 84
5% Pr. Anleihe . .	103½	103	Danzig. Priv.-B. Act. . . . . 111½
do. . . . . 97½	97½	6% Amerikaner . . . . . 76½	76½
Staatschuldsh. . .	84½	84½	Wechselcoupons London 6.24

Hamburg, 18. Sept. Getreidemarkt. Weizen loco mehr angeboten, Weizen und Roggen auf Termin 3 Pf. niedriger, sonst ruhig. Rübel 20. Oktbr. 32. Zink fest — Wetter kühl.

Amsterdam, 18. Sept. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termin 2 Pf. niedriger, sonst ruhig. Rübel 20. Oktbr. 32. Zink fest — Wetter kühl.

London, 18. Sept. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und fremder Weizen zu leichten Preisen verkauft, für fremden nur Detailfrage. Hafer mit Ausnahme der feinsten Sorten billiger. Gerste unverändert. — Zucker flau, Reis gefragt. — Windig.

\* Leith, 18. Sept. (Cochrane, Paterson & Co.) Woden-Import in Lond: 1106 Weizen, 1484 Gerste, 900 Säcke Mehl. Weizen gute Frage, eher theurer, Rostocker 71, 72s. Neuer Stettiner 69s. Gerste billiger, um zu verkaufen. Mehl eher theurer. Andere Artikel unverändert.

London, 18. Sept. Consols 94½. 1% Spanier 31½. Italiensche 5% Rente 48½. Lombarden 15½. Mexicauer 15½. 5% Russen 86. Neue Russen 87. Silber 60½. Türkische Anleihe de 1865 32. 6% Ver. St. 20. Sept. 1882 72½.

Liverpool, 18. Sept. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 15,000 Ballen Umlauf. Guter Markt New-Orleans 9%, Georgia 9%, fair Dhollera 6%, middling fair Dhollera 6%, good middling Dhollera 5%, Bengal 5%, good fair Bengal 6%, New fair Domra 6%, good fair Domra 7%, Pernam 10, Smyrna 7%.

Paris, 18. Sept. Rübel 20. Sept. 97, 50, 20. Novbr. Decbr. 99, 00, 20. Jan.-April 99, 50. Mehl 20. Sept. 85, 50, 20. Novbr. Decbr. 81, 75. Spiritus 20. Oktbr. 67, 00.

Antwerpen, 18. Sept. Petroleum, raff., Type weiß, fest, 53 Frs. pro 100 Ro.

#### Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 19. Septbr. 1867.

Weizen zw 5100 th. Pf. 630—780.

Roggen zw 4910 th. frischer 115/6% Pf. 480, 120% Pf. 504.

Gerste zw 4320 th. große 107% Pf. 348, kleine 110% Pf. 352½.

Wachs- und Fondscourse. London 3 Mon. 6

24 bz. Amsterdam kurz 143 Br. Amsterdam 2 Mon. 142% Br.

Westpr. Pfandbriefe 3½% 76% Br.

Frachten. Hartlepool 11s und 11s 6d pro Load fiktive Ballen. Sunderland 12s pro do., 16s 6d pro eichen Krummholtz. Grangemouth 12s pro Load fiktive Ballen. Amsterdam 18 holl. Pf. pro Last fiktive Ballen. Havre 1 Fr. 70 Cent. pro Stück ½ runde eichen Sleeper. Gent 1 Fr. 25 Cent. pro Stück ½ runde fiktive Sleeper.

Die Altesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 19. September. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 122/3—

127/8—130/32/33% von 105/110—112½/115/117—

120/122½/125% pro 85 th.

Roggen 116—118—120/1—122% von 80—81½—84

— 85% pro 81½ th.

Gerste, kleine 102/3—105/6% von 55—56/57% pro 72%.

do. große 108/9—112/114% von 55—58/60% pro 72%.

Erbsen 70—75/76% pro 90%.

Hafer 35—36% pro 50%.

Rüben und Raps 90—92½/95% pro 72%.

Spiritus ohne Befür.

Getreide Börse. Wetter: schön. Wind: NO.

Weizen blieb heute möglichst unbeachtet, es fehlte an Kauflust und gestrige Preise könnten nicht bedungen werden, außer für einzelne seine frische Partien, welche an Liebhaber zu vollen Preisen abgesetzt wurden.

Der ganze heutige Weizenumfang blieb aber auf 18 Last beschränkt. Frisch 121% bezogen

Pf. 630, bunt 129% Pf. 720, hellbunt 129/30% Pf. 730 pro 5100th.

Roggen ziemlich unverändert, doch in matter Stimmung. 120% Pf. 504 pro 4910% 10 Last Umsatz.

— Spiritus nicht gehandelt.

Königsberg, 18. Sept. (A. H. B.) Weizen loco hochbunt: pro 85% 1

Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1866.		
Aachen-Düsseldorf	47/50	31/2 —
Aachen-Mastricht	—	4 32/3 b3
Amsterdam-Rotterd.	43/4	104/4 b3
Bergisch-Märk.	8	4 144 b3 u G
Berlin-Anhalt	13 1/2	220/4 b3
Berlin-Hamburg	9	—
Berlin-Potsd.-Magdeburg	16	218 et b3 u B
Berlin-Stettin	5 1/2	137/4 b3
Böhmis. Verkbahn.	5	5 1/4 b3
Bresl.-Schw.-Kreis.	9 1/2	134 b3
Kriegs-Reise	5 1/2	93/4 G
Cöln-Minden	9 1/2	143 b3
Gosei-Uerdnbahn (Wilsb.)	24	69 b3
do. Stamm-Pr.	4 1/2	81/2 b3
do. do.	5	86/2 B
Ludwigsh.-Berlach	10 1/2	149/2 B
Magdeburg-Halberstadt	14	133 b3 u G
Magdeburg-Leipzig	20	254 B
Mann-Ludwigsbahn	7 1/2	126/2 b3
Meilenburger	3	74 G
Niederschl.-Märk.	4	89/2 B
Niederschl.-Sweigbahn	5	83/4 b3

Dividende pro 1866.		
Nordb., Friedr.-Wilhelm.	4 1/2	93/4 b3 u G
Översch. Litt. A. u. C.	12	31/2 194/4 b3
Litt. B.	12	3 1/2 166 B
Oester. Frz.-Staatsb.	7	5 130/4-5 b3
Österr.-Tarnowitz	5	5 71/4 b3
Österr.-ische	—	4 117/4 b3
do. St.-Pfor.	6 1/2	4 —
Meini-Naherbahn	0	4 27/4 G
Russ. Eisenbahn	5	5 75/4 b3 u B
Starckardt-Posen	4 1/2	4 1/2 94 B
Südosterr. Bahnen	7 1/2	5 102/4-101/4 b3
Thüringer	7 1/2	4 127/4 eb3 j. 109/4 B

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.		
Preuß. Bank-Anteile	13 1/2	4 1/2 148/4 b3
Berlin. Kassen-Verein	12	4 159 B
Pom. R. Privatbank	5 1/2	4 93 b3
Danzig	8	4 111/2 B
Königsberg	7 1/2	4 112 G
Posen	7 1/2	4 99/2 et b3 u G
Magdeburg	5	4 90/2 G
Diss.-Comm.-Anteil	8	4 101 B
Berliner Handels-Gesell.	8	4 107/4 B
Oesterreich. Credit.	5	5 74-75/2 b3

In Folge des Beschlusses der gestern im Locale des "Freundschaftlichen Vereins" stattgehabten Versammlung fordern wir sämmtliche Hauseigentümer auf, der am Freitag, den 20. d. M., Abends 7 Uhr, im großen Saale des Schützenhauses abzuhaltenen Versammlung beizuwollen.

Zweck der Versammlung: Berichterstattung der gewählten Commission über die beschlossene Eingabe, betreffend den Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer.

Danzig, den 19. September 1867. (7212)

F. N. Block. Datow. Holtz. Kafemann. Albert Lickfett. N. Mischke.

Schönhoff. Schur. Süssert. Unterlauf. Wolffsohn. Jimbars.

Friedrich-Wilhelm-Schützengarten.

Morgen Freitag, den 20. September er.:

Großes Concert

von der Kapelle des 4. Ostpreußischen Grenadier-Regiments No. 5.

Bei eintretender Dunkelheit Belieuchtung des Gartens durch die

electrische Sonne.

Anfang des Concerts 5 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr. (7224)

Ausstattungs-Magazin

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik

Fr. Carl Schmidt,

Langgasse No. 38,  
empfiehlt außer einem reichhaltigen

Leinen - Wäsche - Lager,

eine bedeutende Auswahl, der jessigen Saison entsprechenden  
Unterleider, Camisöler, Jacken, Socken,  
Strümpfe, Flanell-Oberhemden, Jagdwesten,  
Reisejackett, Reisedecken und Pferdedecken, sowie  
ein großes Lager engl. Strickwolle und Flanelle.

Bettfedern und Daunen

empfiehlt in großer Auswahl zu den billigsten Preisen

Fr. Carl Schmidt,

Langgasse No. 38.

Gute Hosenträger v. 5 Sgr. bis 1 Thlr.

10 Sgr. Herren-Slippe n. Cravatten

v. 2 1/2 Sgr. bis 1 Thlr. 20 Sgr. Manschettenknöpfe, Slipsnadeln v. 1 Sgr. bis

15 Sgr. Cigarrentaschen ganz in Leder v. 5 Sgr. bis 3 Thlr. 15 Sgr. Briestaschen,

Notizbücher, Portemonnaies, seidene Geldbörsen, echte Meerschaum-Cigarrenspitzen

u. Pfeifen, lange u. kurze Pfeifen, Tabakdosen u. c. in großer Auswahl zu billigen

Preisen, Spätzertöpfe zum Kostenpreise empfiehlt Friedrich Bluhm,

Magnauische Gasse No. 2.

2 neue eleg. und sauber gearb. engl. Reithäute

u. soll baldigst verkauft werden. Preis billigst.

Nah. Poggensee No. 66. (7109)

Zum bevorstehenden Wohnungswechsel ist mein

Tapeten-Lager

in den neuesten Mustern auf das Reichhaltigste assortirt. Ich empfehle alle Arten Tapeten von den billigsten bis zu den feinsten Luxus-Tapeten, so wie Borten, Decorationen etc. in anerkannt sauberer Arbeit zu sehr billigen Preisen. (7244)

A. Zolkowski,

8. Wollwebergasse 8.

Preußische Fonds.

Freiwill. Anl.

Staatsanl. 1859

Staatsanl. 50/52

do. 54, 55, 57

do. 1859

do. 1856

do. 1853

do. 1857

do. 1860

do. 1864

do. 1862

do. 1864

do. 1866

do. 1867

do. 1868

do. 1869

do. 1870

do. 1871

do. 1872

do. 1873

do. 1874

do. 1875

do. 1876

do. 1877

do. 1878

do. 1879

do. 1880

do. 1881

do. 1882

do. 1883

do. 1884

do. 1885

do. 1886

do. 1887

do. 1888

do. 1889

do. 1890

do. 1891

do. 1892

do. 1893

do. 1894

do. 1895

do. 1896

do. 1897

do. 1898

do. 1899

do. 1900

do. 1901

do. 1902

do. 1903

do. 1904

do. 1905

do. 1906

do. 1907

do. 1908

do. 1909

do. 1910

do. 1911

do. 1912

do. 1913

do. 1914

do. 1915

do. 1916

do. 1917

do. 1918

do. 1919

do. 1920

do. 1921

do. 1922

do. 1923

do. 1924

do. 1925

do. 1926

do. 1927